

Wien, 28.11.2023

Demokratie in stürmischen Zeiten

Erste Ergebnisse Demokratie Monitor 2023

Die Demokratie steht unter Druck: Global betrachtet ist ihr Niveau auf den Stand von 1986 zurückgefallen und zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten gibt es wieder mehr geschlossene Autokratien als liberale Demokratien¹. Auch etablierte Demokratien sind vermehrt mit Politiker:innen konfrontiert, die Wahlen gewinnen und ihre Macht auf Kosten der Parlamente, einer unabhängigen Justiz und der Grundrechte ausbauen². In derart stürmischen Zeiten hängt die Widerstandskraft einer Demokratie von zahlreichen Faktoren ab³, auch ein demokratischer Grundkonsens unter den Bürger:innen ist Teil der Resilienz einer Demokratie. Hier setzten wir an:

Seit 2018 untersucht der Demokratie Monitor einmal pro Jahr, was die Menschen in Österreich über das politische System und die Demokratie im Allgemeinen denken. Die diesjährige repräsentative Befragung von 2.081 Menschen ab 16 Jahren fand zwischen dem 30. September und dem 12. Oktober statt, die Interviews wurden telefonisch und online durchgeführt (für Details zur Methode siehe Seite 10).

Zufriedenheit mit dem politischen System steigt etwas an, verbleibt jedoch auf niedrigem Niveau

Derzeit denken 39% der Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Das ist ein Anstieg von fünf Prozentpunkten im Vergleich zu 2022, als die Zufriedenheit ihren tiefsten Wert seit Erhebungsbeginn erreicht hatte (34%). Im Jahresvergleich hat sich die Zufriedenheit also etwas verbessert, sie liegt jedoch immer

¹ V-Dem Institute (2023): Democracy Report 2023. Gothenburg: V-Dem Institute.

² Levitsky, Steve / Ziblatt, Daniel (2018): How democracies die. New York: Penguin.

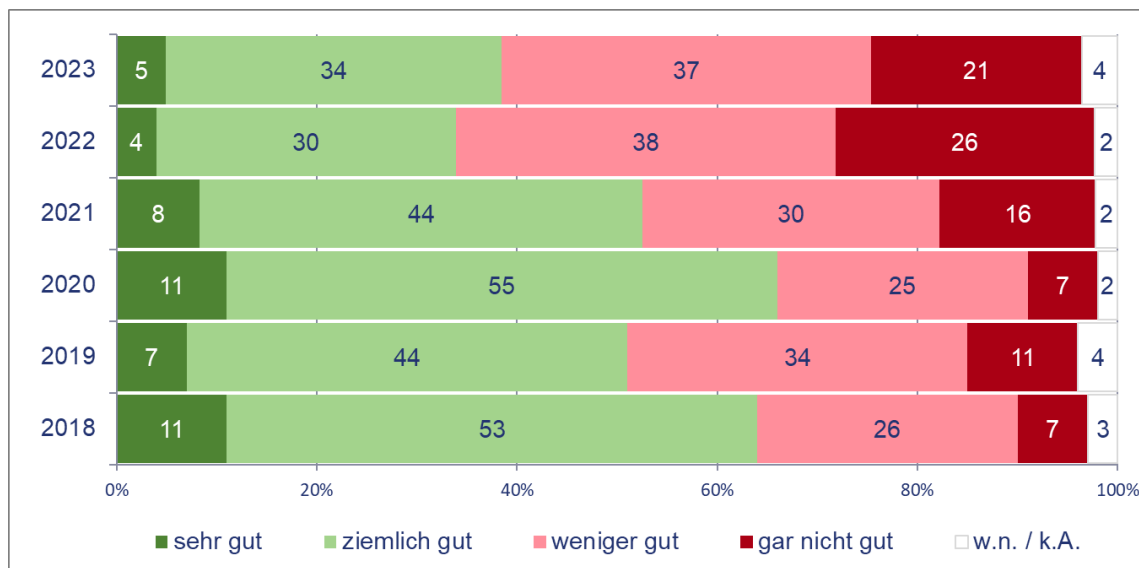
Przeworski, Adam (2019): Crises of democracy. Cambridge: University Press.

Keane, John (2020): The new despotisms. Cambridge: University Press.

³ Merkel, Wolfgang / Lührmann, Anna (2021): Resilience of democracies: responses got illiberal and authoritarian responses. In: Democratization, 28(5), 869-884.

noch deutlich unter dem Ausgangswert von 2018: Im ersten Demokratie Monitor waren knapp zwei Drittel (64%) der Menschen davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert.

„Alles in Allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“



In den mittleren und oberen Etagen der Gesellschaft erholt sich die Zufriedenheit, im unteren Drittel setzt sich ihr Sinkflug fort

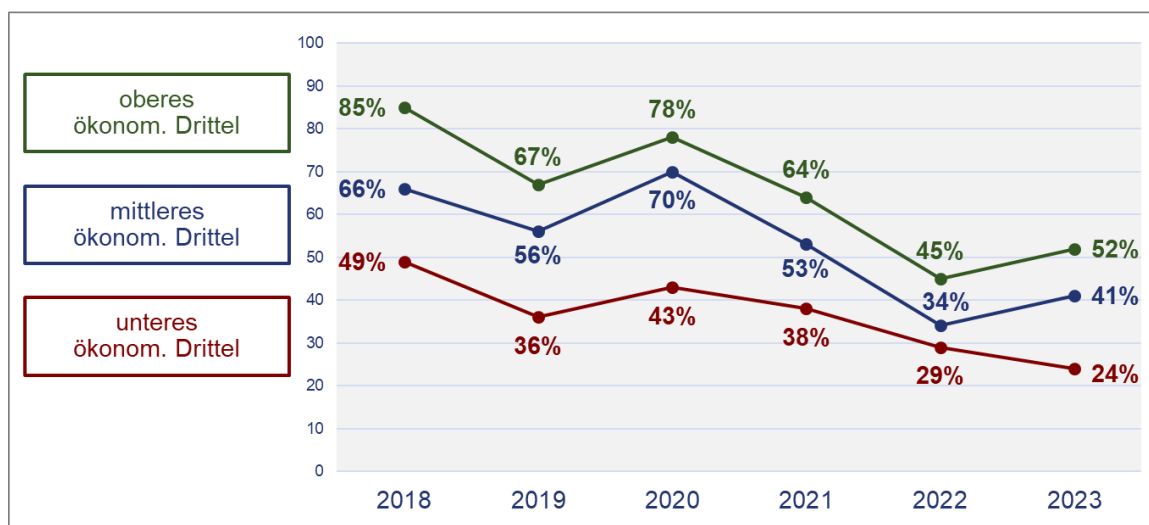
Das Ausmaß der Zufriedenheit hängt v.a. mit der ökonomischen Lage der Menschen zusammen⁴, wobei im Zeitverlauf zwei unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten sind: Im mittleren und oberen Drittel⁵ ist die Zufriedenheit mit dem politischen System von 2020 bis 2022 erodiert. Mit zunehmender Dauer der Pandemie, dem wiederholten Aufflammen von Korruptionsvorwürfen und der steigenden Inflation dachten 2022 nur noch halb so viele Menschen wie 2020, dass das politische System in Österreich gut funktioniert – im oberen Drittel ist die Zufriedenheit von 78% auf 45%, im mittleren Drittel von 70% auf 34%, gefallen. Nun kann eine erste Erholung festgehalten werden: Aktuell denken 52% der Menschen im oberen und 41% der Menschen im mittleren Drittel, dass das politische System gut funktioniert – ein Plus von jeweils sieben Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr.

⁴ Im statistischen Modell wurden außerdem berücksichtigt: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Berufsqualifizierung, Stadt/Land, Parteipräferenz.

⁵ Die *ökonomischen Drittel* werden auf Basis des Äquivalenzeinkommens (netto) und der Einschätzung zur finanziellen Absicherung für die Zukunft berechnet. Das *Äquivalenzeinkommen* ist der Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen des Haushalts und der Anzahl sowie dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt. Das *untere Drittel* verfügt über ein Äquivalenzeinkommen von unter 1600 Euro, das *mittlere Drittel* von unter 2200 Euro.

Im unteren Drittel fällt die Zufriedenheit dagegen über alle Erhebungsjahre hinweg gering aus und sie schwankt auch weniger entlang aktueller Ereignisse. Ihr höchster Wert wurde 2018 gemessen: Im ersten Demokratie Monitor war immerhin noch die Hälfte (49%) der Menschen davon überzeugt, dass das politische System gut funktioniert, inzwischen ist es nur mehr ein Viertel (24%). Hinzu kommt, dass die Zufriedenheit im unteren Drittel seit 2020 kontinuierlich sinkt. Im Gegensatz zum oberen und mittleren Drittel gilt dies auch für die vergangenen zwölf Monate – die aktuelle Zufriedenheit liegt erneut fünf Prozentpunkte unter jener des Vorjahres.

„Alles in Allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ (dargestellt: sehr / ziemlich gut)



Auch das Repräsentationsdilemma entschärft sich im mittleren und oberen Drittel, während es sich im unteren Drittel zuspitzt

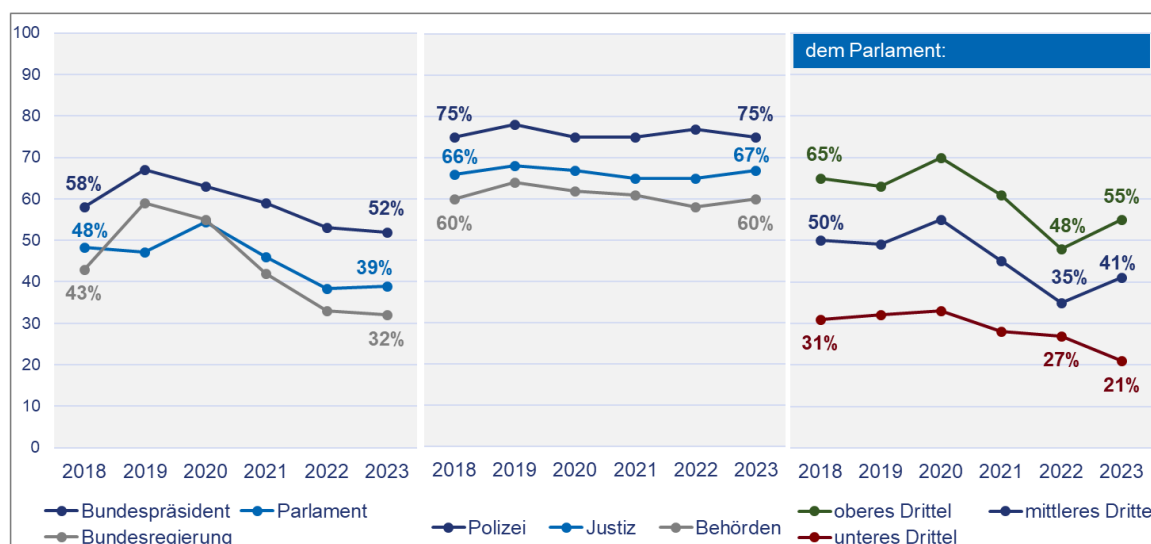
Vergangenes Jahr hat der Demokratie Monitor festgehalten, dass über einen Zeitraum von zumindest zwei Jahren das Vertrauen in jene Institutionen stark gesunken ist, denen Bürger:innen die Vertretung ihrer politischen Anliegen übergeben – dazu zählen das Parlament, die Parteien oder die Bundesregierung. Im Gegensatz dazu blieb das Vertrauen in die Polizei, das Justizsystem oder die Behörden konstant. Letzteres gilt nach wie vor: Derzeit vertrauen der Polizei 75% der Menschen, der Justiz 67% und den Behörden 60% – das sind ebenso viele wie in den Jahren zuvor.

Insgesamt betrachtet scheint sich heuer auch das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen stabilisiert zu haben, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau: Dem Bundespräsidenten vertrauen derzeit 52%, dem Parlament 39% und der Bundesregierung 32% – genauso viele wie im Vorjahr. Dasselbe gilt für die Parteien: Anschließend an letztes Jahr berichtet auch heuer wieder etwas mehr als jede:r Dritte

(36%), keine Partei zu finden die die eigenen politischen Anliegen vertritt (zum Vergleich: 2018 waren es 13%).

Diese Stabilisierung auf Ebene der Gesamtbevölkerung speist sich jedoch aus zwei einander entgegengesetzten Entwicklungen: Während das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen unserer Demokratie im mittleren und oberen Drittel angestiegen ist, ist es im unteren Drittel erneut gesunken. So vertrauen dem Parlament derzeit 41% im mittleren und 55% im oberen Drittel – ein Plus von 6 bzw. 7 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Im unteren Drittel liegt das Vertrauen in das Parlament aktuell bei 21% und damit um 6 Prozentpunkte niedriger als vor einem Jahr.

„Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“ (dargestellt: sehr / ziemlich)



Die Erfahrung von mangelnder Repräsentation schwächt das Systemvertrauen und die politische Beteiligung

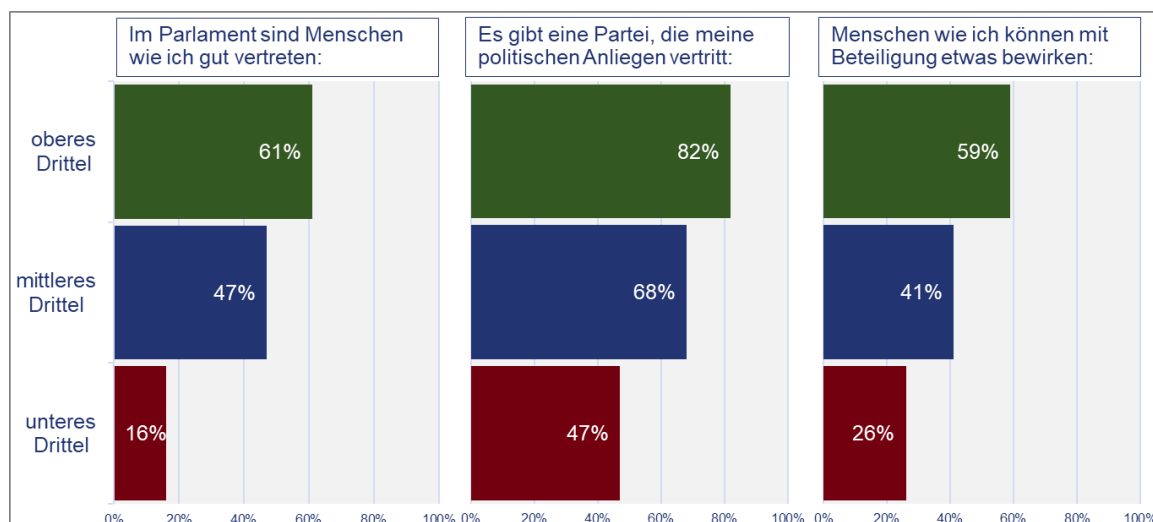
Je häufiger von mangelnder Repräsentation berichtet wird, desto geringer ist das Systemvertrauen. Erfahrungen von unzureichender politischer Vertretung sind wiederum eng an die Lebenslage der Menschen geknüpft und im unteren Drittel, wo wenig Ressourcen, niedriger sozialer Status und geringe gesellschaftliche Anerkennung zusammentreffen, am weitesten verbreitet. Im Zeitverlauf sticht außerdem hervor, dass mangelnde Repräsentation eine kontinuierliche Erfahrung des unteren Drittels ist,⁶ während sie in der Mitte und im oberen Drittel eher punktuell auftritt.

⁶ Siehe hierzu auch: Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. In: Wirtschaft und Gesellschaft 47(1), 63-102.

Derzeit sind z.B. 61% der Menschen im oberen und 47% im mittleren Drittel davon überzeugt, im Parlament gut vertreten zu sein – vor einem Jahr waren es mit 37% bzw. 28% noch deutlich weniger. Im unteren Drittel dachten demgegenüber bereits 2018 lediglich 26%, dass sie im Parlament gut vertreten sind, letztes Jahr waren es 23% und derzeit sind es nur mehr 16%. Der Großteil des oberen Drittels (82%) und die Mehrzahl des mittleren Drittels (68%) findet inzwischen auch wieder eine Partei, die die eigenen politischen Interessen vertritt. Im unteren Drittel gilt dies nach wie vor für nicht einmal die Hälfte der Menschen.

Dies hat weitreichende Auswirkungen, nicht nur auf das Systemvertrauen: Im unteren Drittel sind derzeit nur mehr 26% davon überzeugt, mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können. Mit Blick auf die kommende Nationalratswahl ist an dieser Stelle daran zu erinnern, dass bereits bei der letzten Wahl 41% der wahlberechtigten Menschen im unteren Drittel ihre Stimme nicht abgeben haben – im Vergleich zu 22% im mittleren und 17% im oberen Drittel⁷.

„Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu?“ (dargestellt: sehr / ziemlich)

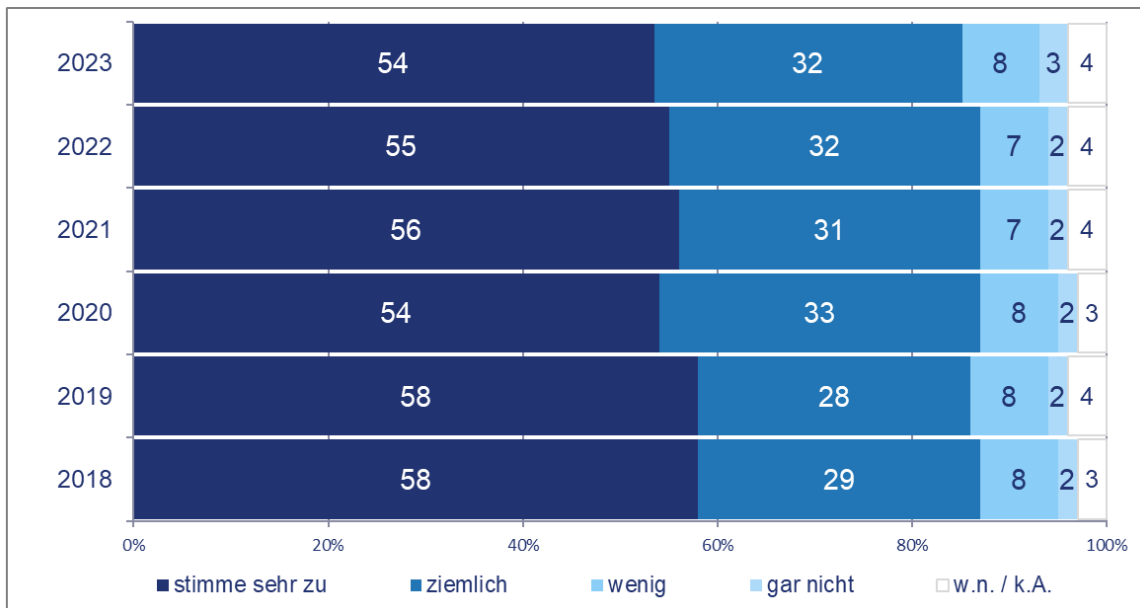


Stabiler Konsens: Beinahe neun von zehn Menschen von der Demokratie überzeugt

Während die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Vertrauen in seine Institutionen aktuellen Schwankungen unterliegen, bleibt die Haltung der Menschen zur Demokratie über die Jahre hinweg stabil: Derzeit denken 86%, dass die Demokratie die beste Staatsform ist – das sind ebenso viele wie in den Jahren zuvor.

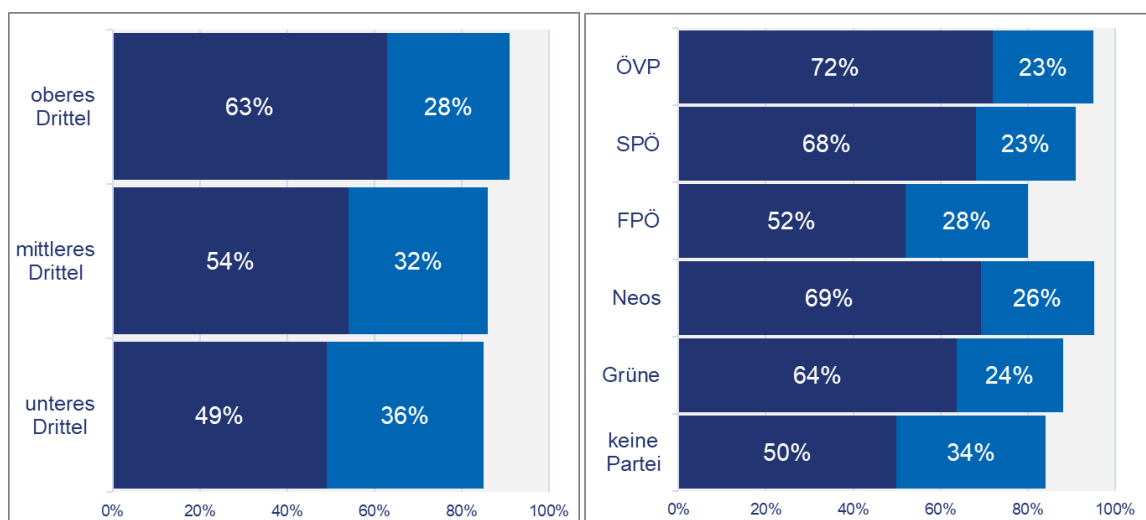
⁷ Demokratie Monitor 2019: www.demokratiemonitor.at

„Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“



Meinungsunterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen fallen entlang der ökonomischen Drittel und entlang der Parteipräferenz am stärksten aus⁸. In beiden Fällen geht es jedoch nicht um gänzlich unterschiedliche Mehrheiten, sondern um graduelle Unterschiede bei weitgehendem Konsens: In jeder Gruppe – also sowohl im unteren, mittleren und oberen Drittel, als auch bei den unterschiedlichen Parteianhänger:innen – sprechen sich zumindest 80% für die Demokratie als bester Staatsform aus und jeweils zumindest die Hälfte stimmt dem „sehr“ zu:

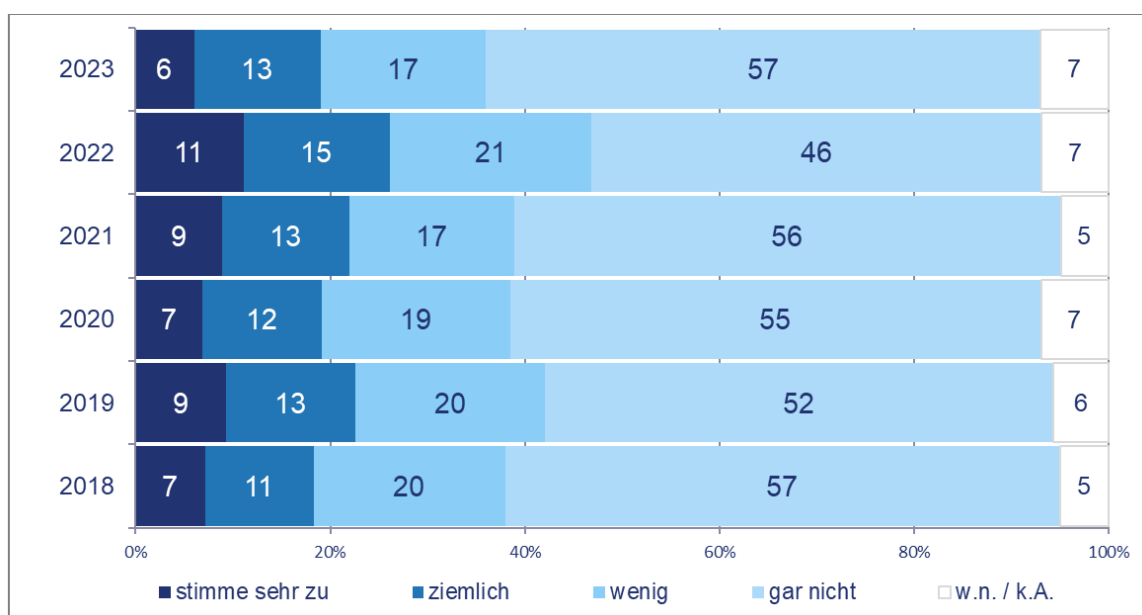
„Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“ (dargestellt: stimme sehr zu & stimme ziemlich zu)



⁸ Im statistischen Modell wurden außerdem berücksichtigt: Geschlecht, Alter, formale Bildung, Berufsqualifizierung, Stadt/Land.

Die gegenteilige Ansicht – dass es einen starken Führer geben sollte, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss – vertreten derzeit 19% der Menschen in Österreich. Nach einem deutlichen Anstieg im Vorjahr ist die Zustimmung hierzu heuer wieder auf das Vorkrisenniveau von 2018 gefallen (im Vergleich zum Vorjahr: minus sieben Prozentpunkte).

„Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“



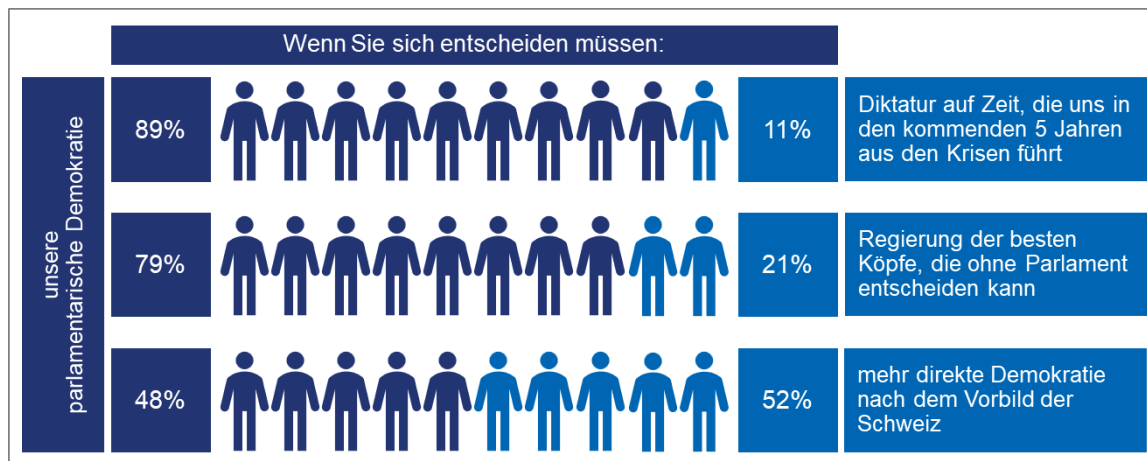
Demokratie deutlich attraktiver als ihre Alternativen

Werden wir konkreter: Wie viele Menschen sind dazu bereit, unsere bestehende Demokratie gegen ein anderes politisches System einzutauschen? Vor die Wahl gestellt zwischen der parlamentarischen Demokratie österreichischen Zuschnitts und einer „Diktatur auf Zeit“, die das Land in den kommenden fünf Jahren aus den Krisen führen soll, sprechen sich 11% für letztere aus. Eine „Regierung der besten Köpfe“, die ohne das Parlament Entscheidungen treffen kann, ziehen 21% der parlamentarischen Demokratie vor.

Deutlich stärkere Konkurrenz bekommt unser System von der anderen Seite – nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung überzeugt die Menschen. Demnach fällt die Entscheidung zwischen der parlamentarischen Demokratie und mehr direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild dann auch mit 48% zu 52% knapp zugunsten letzterer aus.

Nun bedeutet mehr direkte Demokratie nicht automatisch eine bessere demokratische Qualität – vor allem dann nicht, wenn parlamentarische Prozesse ausgehöhlt und durch polarisierende ja/nein-Abstimmungen ersetzt werden⁹. Für die Einschränkung der Rechte des Parlaments spricht sich in Österreich jedoch kaum jemand aus (8%), im Gegenteil: Während 48% mit dem Status Quo zufrieden sind, fordern 36% deren Ausbau.

„Wenn Sie sich entscheiden müssen :Stimmen Sie für unser politisches System – die parlamentarische Demokratie – oder für...?“



Aber: Ein zunehmend radikalierter, antidemokratischer Rand

Auch bei jenen 19%, die derzeit einem „starken Führer, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“ zustimmen, fällt die Entscheidung im Zweifelsfall für die Demokratie. Das Ergebnis ist zwar deutlich knapper als in der Gesamtbevölkerung, dennoch eindeutig: Werden die Menschen gebeten, eine Wahl zu treffen, stimmen zwei von drei für unsere parlamentarische Demokratie, eine:r von drei für eine „Diktatur auf Zeit“.

Schränken wir diese Gruppe auf jene ein, die die Demokratie tatsächlich ablehnen, bleibt ihr Anteil mit jeweils etwas unter 10% über die Jahre hinweg konstant. Innerhalb dieser Minderheit hat in den vergangenen Jahren jedoch eine bedeutende Veränderung stattgefunden: Mit zunehmender Dauer der Pandemie fiel bereits 2021 eine Konsolidierung dahingehend auf, dass die Ambivalenzen in ihren antidemokratischen Einstellungsmustern geringer wurden.¹⁰

⁹ Müller, Jan Werner (2016): Was ist Populismus? Berlin: Suhrkamp.

¹⁰ Demokratie Monitor 2021: www.demokratiemonitor.at

Inzwischen spricht diese Gruppe sich auch doppelt so häufig wie noch 2018 für die Einschränkung demokratischer Rechte aus: Jede:r vierte bis jede:r Dritte von ihnen denkt derzeit, dass die Bundesregierung die Rechte des Parlaments, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Unabhängigkeit der Medien, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Beteiligungsrechte einschränken sollte.

Studienautorin Martina Zandonella: „Der sich radikalisierte Rand ist eine besorgniserregende Entwicklung. Sich allein darauf zu konzentrieren, verdeckt jedoch eine zweite zentrale Erkenntnis: Auch in stürmischen Zeiten kann sich die Demokratie auf den Großteil ihrer Bürger:innen verlassen.“

Datengrundlage des Demokratie Monitor: Repräsentative Bevölkerungsbefragungen

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Grundgesamtheit	in Österreich lebende Menschen ab 16 Jahren					
Art der Befragung	Telefon (CATI*)- und Online (CAWI**)- Interviews, durchgeführt von Jaksch & Partner OG, Linz					
Stichprobenziehung	CATI: Zufallsstichprobe aus dem öffentlichen Telefonbuch & RLD***-generierte Telefonnummern CAWI: Ziehung aus dem offline rekrutierten Access-Panel					
Stichprobe	2.158 Befragte	2.185 Befragte	2.188 Befragte	2.003 Befragte	2.164 Befragte	2.081 Befragte
Gewichtung	Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region, Stadt / Land					
maximale Schwankungsbreite****	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,1%	+/- 2,2%	+/- 2,1%	+/- 2,1%
Befragungszeitraum	16.08. bis 02.10.	12.08. bis 30.09.	17.08. bis 10.10.	13.08. bis 06.10.	07.09. bis 21.10.	30.08. bis 12.10.

*Computer Assisted Telephone Interview

**Computer Assisted Web Interview

***Random Last Digit (zufällige letzte Ziffer)

****Bereich um den Stichprobenwert, innerhalb dessen der tatsächliche Wert in der Grundgesamtheit mit 95% Wahrscheinlichkeit liegt.

Warum ein Demokratie Monitor?

Der Demokratie Monitor wurde 2018 von SORA ins Leben gerufen und wird seitdem einmal pro Jahr erhoben. Er gibt Auskunft darüber, wie die Menschen zur Demokratie im Allgemeinen und zum politischen System in Österreich stehen. Neben der jährlichen Bestandsaufnahme berichtet der Monitor außerdem über Veränderungen im Zeitverlauf.

Eine breite Plattform für die Demokratie:

Der Demokratie Monitor wird von zahlreichen Institutionen und Unterstützer:innen getragen, denen unser Dank gilt:

- communication matters Kollmann & Hemmer GmbH
- Grüne Bildungswerkstatt
- GW Cosmetics GmbH
- Karl-Renner-Institut
- Merkur Taxaid Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH
- NEOS Lab
- Pädagogische Hochschule Wien & Arbeiterkammer Wien
- Österreichischer Gewerkschaftsbund ÖGB
- Österreichischer Städtebund
- Stadt Wien – MA 20 Energieplanung
- Wiener Zeitung
- Zukunftsfonds der Republik Österreich

Wir danken außerdem unseren Kooperationspartner:innen:

- Österreichisches Parlament
- ORF

Kontakt und Rückfragen:

Martina Zandonella

Mail: mz@sora.at

Tel: 01 / 585 33 44 44